



## Bezirksverband Hannover e.V. aktuell

Der BDZ-BV Hannover e.V. setzt sich auch in Niedersachsen nachhaltig für die Einführung der Eilzuständigkeit der Zollverwaltung ein.

Am 21. Februar 2018 wurde hierzu ein konstruktives und positives Gespräch mit Belit Onay (MdB und Sprecher für Innenpolitik) und Miriam Staudte (MdB) Bündnis 90/Die Grünen, geführt.



### Gute Gespräche in Hannover: Belit Onay, Olaf Wietschorke, Miriam Staudte, Holger Schoneveld

Die im niedersächsischen Landtag vertretenen Fraktionen wurden angeschrieben und über die Änderung der Rechtslage informiert. Im Gespräch mit Belit Onay und Miriam Staudte konnten Olaf Wietschorke (Vorsitzender) und Holger Schoneveld stellvertretender Vorsitzender die Erfordernisse und Forderung der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft erläutern. Neben der Beleuchtung der Situation in Niedersachsen wurde auf die BDZ-Initiativen in Bremen und Sachsen-Anhalt hingewiesen. Belit Onay und Miriam Staudte zeigten sich gut informiert und gegenüber den Forderungen des BDZ sehr aufgeschlossen. Sie gehen davon aus, dass sich die Landesregierung dem bundesweiten Trend der Einführung der Eilzuständigkeit in das SOG nach Schaffung einer bundesgesetzlichen Ermächtigungsgrundlage mit § 12d ZollVG nicht mehr verschließen will und haben uns ihre Unterstützung zugesagt. Deswegen wurde vereinbart, einen engen Kontakt über das Landtagfraktionsbüro und Belit Onay zu halten. So ist sichergestellt, dass im März oder Mai 2018 im Innenausschuss der BDZ als Sachverständiger für die Eilzuständigkeit gehört wird.

### Antwort der FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Dr. Weerth, sehr geehrter Herr Wietschorke, vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26. Januar 2018 zum Thema „Einführung der Eilzuständigkeit für die Vollzugskräfte der Zollverwaltung in das Niedersächsische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung“. Die Freien Demokraten im Niedersächsischen Landtag teilen Ihr Anliegen und werden Ihre Forderung in der Diskussion zur Novellierung des Nds. SOG unterstützen. Gerne stehen wir Ihnen für ein Gespräch zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen

**Jan-Christian Oetjen, MdB**

FDP-Sprecher für Inneres, Sport und Kommunales

**Am 28.02.2018 fand ein Gespräch mit Andrea Schröder-Ehlers (MdL Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Verfassung) und Carsten Becker (MdL und polizeipolitischer Sprecher der SPD) im Niedersächsischen Landtag statt.**



**Jörg Meier, Olaf Wietschorke, Andrea Ehlers-Schröder, Carsten Becker, Holger Schoneveld**

Wir konnten unsere Position zum Thema Eilzuständigkeit erläutern und haben verdeutlicht, dass es nicht um zusätzliche Kompetenzen für die Zollverwaltung geht, sondern ausschließlich darum, die Sicherheit für die Bevölkerung im Bereich der Gefahrenabwehr zu verbessern und gleichzeitig für Rechtssicherheit für unsere Kollegen zu sorgen. Seitens Carsten Becker wurde ins Feld geführt, dass für einige von uns dargestellte Situationen seiner Meinung nach der "Jedermannparagraf" ausreichend sei. Es müsse abgewogen werden, ob die Anzahl der Fälle, in denen die Eilzuständigkeit erforderlich gewesen wäre, eine Gesetzesänderung begründen würde. Entgegen der von uns überzeugten Andrea Schröder-Ehlers ließen weitere Äußerungen von Becker (Landespolizeibeamter) erkennen, dass der Grund für seine etwas zurückhaltende Haltung offenbar in häufigen Zuständigkeitsdiskussionen mit der Bundespolizei, z. B. bei Verkehrsunfällen auf Bahnübergängen, liegt. Diese Bedenken habe er bei uns nicht, er weiß aber auch nicht wie sich die politische Landschaft entwickeln wird. Das Gespräch führte nicht dazu, dass unser Anliegen seitens der SPD gleich umgesetzt wird. Es zeigte uns aber auf, woher die Bedenken kommen und warum die SPD nicht sofort beabsichtigt das niedersächsische SOG in unserem Sinne zu ändern.

#### **Antwort der CDU-Fraktion**

Sehr geehrter Herr Wietschorke,

vielen Dank für Ihre Email vom 27.01.2018 bezüglich der Einführung der Eilzuständigkeit für Vollzugskräfte der Zollverwaltung in Niedersachsen. Die Sicherheitsbehörden sind Garant für die innere Sicherheit in unserem Land. Sie verdienen Rückhalt durch Politik und Gesellschaft und können auf das Vertrauen und die Unterstützung der Großen Koalition in Niedersachsen zählen. Eines unserer vorrangigsten Ziele ist es deshalb, die Sicherheitsbehörden sowohl personell als auch materiell besser auszustatten und ihnen effektive Rechts- und Handlungsgrundlagen für ihre tägliche Arbeit mit an die Hand zu geben. Das Schutzgut der öffentlichen Ordnung ist für uns unverzichtbar. Unsere Forderung nach einer Reform des Niedersächsischen Gesetzes für öffentliche Sicherheit und Ordnung (SOG) konnten wir erfolgreich in den Koalitionsvertrag einbringen. Es soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden. In diesem Zusammenhang und mit Blick auf ein mögliches bundesweites Musterpolizeigesetz, welches wir ebenfalls vorantreiben wollen, nehme ich Ihre Hinweise gern für unsere weitere politische Arbeit auf.

Mit freundlichen Grüßen

**Dr. Bernd Althusmann MdL**

Stv. Ministerpräsident Niedersachsen